

EMPEGANGEN

10. NOV. 2011

DIE LINKE · BGF · Kleine Alexanderstraße 28 · 10178 Berlin

Schutzvereinigung für Anleger e.V.  
Carl-Ronning-Str. 9  
28195 Bremen

**Caren Lay**  
Bundesgeschäftsführerin  
**Parteivorstand**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon: 030 24009-397  
Telefax: 030 24009-310  
caren.lay@die-linke.de  
www.die-linke.de

Berlin, 7. November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihren Brief. Nicht nur als Bundesgeschäftsführerin, sondern auch als Verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE habe ich großes Verständnis für Ihr Anliegen. Ich hoffe sehr, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen können, dass die Finanzmärkte endlich im Interesse der Kleinanleger sowie der Kreditnehmer/-innen reguliert werden.

Ihre fünf Wahlprüfsteine beantworte ich wie folgt:

1. Der individuelle Rechtsweg ist für geschädigte Anleger sehr aufwändig. Faire Lösungen seitens des Kreditinstituts sind daher vorzuziehen. DIE LINKE fordert zudem die Möglichkeit von Sammelklagen.
2. Um das Risiko des Ablaufs der Verjährungsfrist bis Ende 2011 zu vermeiden, sollte in dem Fall zuvor ein gerichtliches Verfahren – etwa als Präzedenzfall – angestrengt werden. (Siehe auch Antwort auf Frage 4.)
3. Die Beweislast bei fehlerhafter Beratung muss bei den Beratern liegen. Das entspricht der professionellen Verantwortung der Berater gegenüber ihren Kunden und ist eine wirksame Maßnahme gegen Anlegertäuschung.
4. Kurze Verjährungsfristen sind anlegerschädlich, zumal Finanzprodukte oft auf lange Zeit angelegt sind und Schäden sich häufig erst spät bemerkbar machen. DIE LINKE tritt dafür ein, die Verjährungsfrist bei Falschberatung und fehlerhaften Informationsmaterialien auf 30 Jahre ab Kaufdatum zu erhöhen.
5. Es gibt nach wie vor einen hohen Nachholbedarf im finanziellen Verbraucherschutz. DIE LINKE fordert z.B. eine institutionelle Stärkung durch eine eigene Verbraucherschutzbehörde für Finanzmärkte und eine Stärkung der Verbraucherzentralen als verbraucherorientierte „Finanz-Wächter“. Auch wollen wir eine Zulassungsprüfung für Finanzprodukte – einen „Finanz-TÜV“. Die provisionsgetriebene Beratung muss zu Gunsten von Honorarberatung und Beratung durch Verbraucherzentralen überwunden werden. Die Lücken, die der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Grauen Kapitalmarkt lässt, sind konsequent zu schließen. Ein wichtiges Thema für DIE LINKE ist auch der Kreditnehmerschutz. So sollte es eine Obergrenze für Dispo-Zinssätze geben, indem der Zinssatz für Dispo-Kredite nicht mehr als fünf Prozentpunkte über dem Basiszinssatz liegt.

Die verspätete Zusendung bitte ich zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen



Caren Lay  
Bundesgeschäftsführerin